



DIE WELT, 29.09.2022, Nr. 190, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: Auf einen Blick

Auf einen Blick

Innenpolitik ++ Abgeordnetenhauswahl in Berlin: Wiederholung wahrscheinlich ++ AfD: Bundesgeschäftsstelle durchsucht ++ Aus deutschen Gefängnissen: 79 Islamisten entlassen ++ Gesamthaushalt: Verschuldung auf Höchststand ++ Außenpolitik ++ Ukrainische Regierung: Referenden sind eine "Farce" ++ Deutschlands Verlässlichkeit: Zweifel wachsen ++ Schüler in Frankreich: Immer weniger lernen Deutsch ++ Kubicki nennt Erdogan "Kanalratte": Türkei bestellt Botschafter ein ++ Wissen ++ Extremwetter-Kongress: Deutschland erwärmt sich stärker ++ Militär-Weltraumtechnik: "Wir haben einen Echtzeitkrieg" ++ Wirtschaft und Geld ++ Bekämpfung von Alzheimer: Erfolgreiche Studie bei Biogen ++ Kooperation von Airbus und Siemens Energy: Ökostrom aus dem All ++ Milliardenstrafe für Finanzfirmen: Verbotene Kommunikation ++ Dämpfer am Arbeitsmarkt: Firmen stellen weniger ein ++ Fernreisen fast fünf Prozent teurer: Bahn erhöht Ticketpreise ++ ADAC-Vergleich: Sprit deutlich günstiger ++ Tag an der Börse: Dax dreht ins Plus ++ Sport ++ Mehr Interesse für Frauenfußball: Zuschaueranstieg zu Saisonbeginn ++ Ex-Bundesligacoach Schäfer: "Sehe keine tollen Talente" ++ Kultur und Gesellschaft ++ Kino: Die giftigen Gags des Bully Herbig ++ NDR zieht Konsequenz aus Gutachten: Führungskräfte werden versetzt ++ TV-Übertragung des Queen-Begräbnisses: Unter einer Milliarde Zuschauer

Innenpolitik

Abgeordnetenhauswahl in Berlin

Wiederholung wahrscheinlich

Nach all den Pannen - war die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vor einem Jahr überhaupt gültig? Der Landesverfassungsgerichtshof hat jetzt eine vorläufige Einschätzung abgegeben: Er hält eine komplette Wiederholung für erforderlich. Das erklärte Gerichtspräsidentin Ludgera Selting zum Auftakt der mündlichen Verhandlung. Bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl habe es eine Vielzahl von Wahlfehlern gegeben. Diese seien nach einer vorläufigen Einschätzung mandatsrelevant gewesen. Nur durch eine komplette Wahlwiederholung könne ein verfassungskonformer Zustand herbeigeführt werden. Mehr über den verkorksten Wahltag in Berlin lesen Sie auf Seite 4, einen Kommentar auf Seite 7.

AfD

Bundesgeschäftsstelle durchsucht

In der Parteizentrale der AfD in Berlin hat es am Mittwoch eine Durchsuchung gegeben. "Seit heute Morgen führt die Berliner Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle der Alternative für Deutschland durch, ohne dass zuvor eine Anfrage wegen der zu klärenden Sachverhalte an die AfD gerichtet worden wäre", erklärte die Partei. Auch in anderen Bundesländern fanden Durchsuchungen statt. Die Staatsanwaltschaft Berlin teilte weniger später mit: "Gegen die Beschuldigten besteht ein Anfangsverdacht wegen des Verstoßes gegen das Parteiengesetz und der Untreue, da die dem Präsidenten des Deutschen Bundestages von der AfD vorgelegten Rechenschaftsberichte für die Jahre 2016, 2017 und 2018, für die die Beschuldigten verantwortlich zeichnen, mutmaßlich fehlerhafte Angaben hinsichtlich Parteispenden enthielten." AfD-Chef Tino Chrupalla sagte, "wenn uns die Staatsanwaltschaft vorab gefragt hätte, hätten wir entsprechend geantwortet und Unterlagen zur Verfügung gestellt". Die Co-Vorsitzende Alice Weidel bezeichnete das Vorgehen der Behörde als ungewöhnlich und unverhältnismäßig.

Aus deutschen Gefängnissen

79 Islamisten entlassen

Was bedeutet das für die innere Sicherheit Deutschlands? Zwischen Januar dieses Jahres und Ende des nächsten Jahres wurden oder werden voraussichtlich 79 Islamisten aus deutschen Gefängnissen entlassen. Darunter sind 34 Beschuldigte und Verurteilte terroristischer und anderer islamistischer Straftaten sowie 45 Beschuldigte und Verurteilte anderer Straftaten, die als Islamisten gelten oder verdächtigt werden. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag hervor, die WELT vorliegt. Unter den freigelassenen Häftlingen sind auch Kämpfer des

Islamischen Staates (IS). Der innenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Alexander Throm, sagte WELT: "Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um islamistische Gefährder nach ihrer Haftentlassung so gut wie möglich zu kontrollieren." Die bevorstehenden Entlassungen stellten ein "nicht unerhebliches Sicherheitsrisiko dar", sagte der CDU-Politiker weiter. "Die Ampel-Regierung muss gegen diese tickenden Zeitbomben auch die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Straftäter, die sich während ihrer Haftzeit weiter radikalisiert haben, einführen."

Gesamthaushalt

Verschuldung auf Höchststand

2.344.000.000.000 Euro: Der Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden ist im ersten Halbjahr um 25 Milliarden Euro oder 1,1 Prozent gewachsen und hat damit einen neuen Höchststand erreicht. Laut Statistischem Bundesamt war der öffentliche Gesamthaushalt zum Ende des ersten Halbjahres 2022 mit 2344 Milliarden Euro beim nicht öffentlichen Bereich verschuldet - also bei Banken und Unternehmen. Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und die Sozialversicherung. Die Schulden des Bundes stiegen dabei gegenüber dem Jahresende 2021 um 1,7 Prozent beziehungsweise 25,9 Milliarden Euro auf 1574,4 Milliarden Euro an, wohl vor allem wegen der Corona-Pandemie. Die Schulden der Länder sanken hingegen um 0,9 Prozent auf 632,6 Milliarden Euro.

Außenpolitik

Ukrainische Regierung

Referenden sind eine "Farce"

"Null und wertlos": Das ukrainische Außenministerium hat die Scheinreferenden in von Russland besetzten Teilen des Landes als Verstoß gegen das Völkerrecht gebrandmarkt. Russland habe eine Propaganda-Show in den temporär besetzten Gebieten der Regionen Cherson, Saporischschja, Luhansk und Donezk organisiert und diese "Referenden" genannt. Die Ukraine werde jeglichen russischen Ultimaten niemals zustimmen. Die Menschen in diesen Gebieten unter Vorhaltung von Schusswaffen zu zwingen, Papiere auszufüllen, sei ein weiteres russisches Verbrechen im Zuge der Aggression gegen die Ukraine. Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach von einer "Farce". Die Chefs der russlandfreundlichen Separatisten appellierten derweil an Kremlchef Wladimir Putin, für die Annexion der besetzten ukrainischen Gebiete zu sorgen. Mit einer derartigen Entscheidung wird in den nächsten Tagen gerechnet. Wie ernst Russlands Drohungen mit Atomwaffen im Westen genommen werden, lesen Sie auf Seite 5, einen Kommentar zu den Scheinreferenden finden Sie auf Seite 7.

Deutschlands Verlässlichkeit

Zweifel wachsen

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj anhaltende politische, finanzielle und humanitäre Hilfe sowie Waffenlieferungen zur Verteidigung gegen den russischen Angriff zugesagt. In einem Telefonat habe Scholz zudem betont, dass Deutschland das Ergebnis der Scheinreferenden in den besetzten Gebieten niemals anerkennen werde, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit. Derweil zeigt eine Studie, dass enge Partner Deutschlands an der Verlässlichkeit Berlins zweifeln - eine Folge der widersprüchlichen Ukraine-Politik. Eine Analyse der Untersuchung lesen Sie auf Seite 5.

Schüler in Frankreich

Immer weniger lernen Deutsch

"Hab Spaß!", "Wie geht's?" und "Fantastisch!" heißen Lehrbücher, mit denen französische Schüler Deutsch lernen. Aber mit dem Spaß ist es oft nicht allzu weit her. Deutsch lernen gilt in Frankreich als mühsam und überflüssig. Die Zahl der Schüler, die die Sprache des größten Nachbarlandes lernen, ist dramatisch zurückgegangen. Obwohl Deutschland der wichtigste Partner Frankreichs ist, entscheiden sich nur noch etwa 15 Prozent eines Jahrgangs für Deutsch als zweite Fremdsprache. Drei Viertel hingegen wählen Spanisch, das als romanische Sprache als einfacher gilt. 1995 lag der Anteil der Deutsch-Lernenden noch bei etwa 23 Prozent. Auf politischer Ebene ist das Interesse am Nachbarn noch nicht erlahmt: Am heutigen Donnerstag trifft Frankreichs Premierministerin Elisabeth Borne Kanzler Olaf Scholz (SPD). Sie haben viel zu besprechen - was, erfahren Sie auf Seite 6.

Kubicki nennt Erdogan "Kanalratte"

Türkei bestellt Botschafter ein

Er ist für deftige Sprüche bekannt: FDP-Vize Wolfgang Kubicki. Nun hat er damit den Zorn der türkischen Regierung auf sich gezogen. Kubicki hatte bei einer Wahlkampfveranstaltung den Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, im Zusammenhang mit dessen Flüchtlingspolitik als "kleine Kanalratte" bezeichnet. Die Regierung in Ankara verurteilte die Äußerung "aufs Schärfste" und bestellte den deutschen Botschafter ein. Die "inakzeptablen Äußerungen" seien für sein Amt als Vizepräsident des Bundestages unpassend und entbehrten jeder politischen Moral und Verantwortung, sagte der Sprecher des türkischen Außenministeriums. Kubicki gab auf Nachfrage zu, den Begriff "kleine Kanalratte" verwendet zu haben. Das sei "ein kleines, niedliches, gleichwohl kluges und verschlagenes Wesen".

Wissen

Extremwetter-Kongress

Deutschland erwärmt sich stärker

Schmelzende Gletscher, steigende Waldbrandgefahr und verheerende Wirbelstürme: Wissenschaftler haben vor den unumkehrbaren Folgen einer weiteren globalen Erwärmung gewarnt. Sie sehen eine wachsende Gefahr durch Wetterextreme. "Wir erleben die Klimaveränderung inzwischen direkt vor unserer Haustür, sind selbst unmittelbar betroffen", sagte Tobias Fuchs vom Deutschen Wetterdienst beim 12. Extremwetterkongress in Hamburg. Die Bemühungen um den Klimaschutz müssten verstärkt werden, lautet die Forderung der Experten. In einem Faktenpapier heißt es, dass die globale Erwärmung in Deutschland stärker wirkt als im globalen Mittel. Während die globale Temperatur im linearen Trend um etwa 1,1 Grad über der Zeit von 1881 bis 1910 liege, seien es in Deutschland etwa 1,6 Grad. Neun der zehn wärmsten Jahre seit 1881 traten den Angaben zufolge seit 2000 auf. In den vergangenen Jahrzehnten sei die Zahl der Tage mit hohem bis sehr hohem Waldbrandrisiko gestiegen.

Militär-Weltraumtechnik

"Wir haben einen Echtzeitkrieg"

Die Raumfahrt hatte schon immer auch militärische Aspekte. Im Laufe der Jahre hat sich die strategische Bedeutung des Weltalls aber auch stark gewandelt. Im Gespräch mit WELT erklärt Ulrich Walter, Professor für Raumfahrttechnik an der Technischen Universität München, wie sich der Weltraum militärisch nutzen lässt - und warum Elon Musk mit seinen Starlink-Satelliten die hohen Verluste der Russen im Ukraine-Krieg erst möglich machte. Das Interview lesen Sie auf Seite 8.

Wirtschaft und Geld

Bekämpfung von Alzheimer

Erfolgreiche Studie bei Biogen

Der US-Biotechkonzern Biogen und sein japanischer Partner Eisai wecken mit Studiendaten Hoffnungen auf ein neues Alzheimermedikament. Das Mittel Lecanemab konnte in einer großen Studie mit Patienten im Frühstadium der Krankheit den kognitiven und funktionellen Verfall deutlich verlangsamen - ein seltener Erfolg in der Alzheimerforschung, in der es zahlreiche gescheiterte Medikamentenprojekte gab. So verlangsamte Lecanemab das Fortschreiten der Krankheit um 27 Prozent im Vergleich zu einem Placebo. Damit wurde das Hauptziel der Studie erreicht. Wie es weitergehen soll, erfahren Sie auf Seite 9.

Kooperation von Airbus und Siemens Energy

Ökostrom aus dem All

Die gemeinsamen Pläne des Luft- und Raumfahrtkonzerns Airbus und des Energietechnik-Herstellers Siemens Energy klingen nach Science Fiction: Ein riesiger Solar-Kraftwerkssatellit im Weltall soll per Mikrowellenstrahl Energie zur Erde senden - damit könnten Städte, Fabriken und Haushalte versorgt werden. China und andere Länder arbeiten bereits an dieser Technologie, bald könnte auch Deutschland folgen. Die beiden Konzerne haben eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit unterzeichnet, wie WELT erfuhr. Lesen Sie dazu mehr auf Seite 9.

Milliardenstrafe für Finanzfirmen

Verbotene Kommunikation

Ungeordnete Kommunikation über Messengerdienste wie WhatsApp kommt eine Reihe großer Banken und Finanzfirmen in den USA teuer zu stehen. Die 16 Unternehmen werden insgesamt gut 1,1 Milliarden Dollar (knapp 1,15 Milliarden Euro) Strafe zahlen, wie die US-Börsenaufsicht SEC mitteilte. Unter anderem zahlen Barclays Capital, Goldman Sachs, Morgan Stanley und Deutsche Bank Securities jeweils 125 Millionen Dollar. Mitarbeiter der Finanzinstitute hatten sich über Messenger-Apps zu geschäftlichen Angelegenheiten ausgetauscht. Die US-Behörden sahen darin einen schwerwiegenden Regelverstoß, da die Unternehmen die Kommunikation in den verschlüsselten Diensten nicht wie vorgeschrieben archivieren konnten.

Dämpfer am Arbeitsmarkt

Firmen stellen weniger ein

Angesichts der drohenden Rezession halten sich Unternehmen in Deutschland bei Einstellungen eher zurück. Das Ifo-Beschäftigungsbarometer fiel im September auf 99,5 Punkte nach 100,9 Punkten im August. Wegen der sich abzeichnenden Rezession und mit Blick auf den Fachkräftemangel konzentrieren sich die Firmen laut Ifo nun darauf, ihre Mitarbeiter zu halten. Derweil sank das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im September auf den tiefsten Stand seit zwei Jahren. "Arbeitskräftemangel trifft auf Energiekrise", sagte IAB-Experte Enzo Weber. "Der boomende Arbeitsmarkt bekommt einen Dämpfer."

Fernreisen fast fünf Prozent teurer

Bahn erhöht Ticketpreise

Mit dem Zug zu reisen ist im Vergleich zum Autofahren oder Fliegen die umweltfreundlichere Alternative. Dennoch gibt es viele Gründe, warum die Deutschen die Bahn wenig nutzen. Als Hauptgrund dafür nennen sie bei einer Umfrage im Rahmen des Statista Global Consumer Surveys die Unzuverlässigkeit. An zweiter Stelle rangiert der hohe Preis fürs Zugfahren. Und hier gibt es wenig Aussicht auf Besserung, im Gegenteil: Zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember werden Fahrten im IC und ICE teurer, im Schnitt um 4,9 Prozent. Im Regionalverkehr kosten Tickets vier Prozent mehr. Wie viele andere Unternehmen sei man gezwungen, auf die Teuerungen zu reagieren, so die Deutsche Bahn.

ADAC-Vergleich

Sprit deutlich günstiger

Die Talfahrt der Kraftstoffpreise im September hält an. Sowohl Diesel als auch Superbenzin der Sorte E10 waren im am Mittwoch veröffentlichten wöchentlichen Spritpreisvergleich des ADAC erneut billiger als sieben Tage zuvor. E10 kostete 1,880 Euro pro Liter - drei Cent weniger als eine Woche zuvor. Diesel sank um 2,5 Cent auf 1,996 Euro. Waren mit dem Ende der Steuersenkung zum 1. September die Preise noch kräftig gestiegen, geht es seither tendenziell nach unten: Diesel hat sich seit Monatsbeginn um 17,7 Cent pro Liter verbilligt, E10 um 14,3 Cent. "Einer der Gründe für den Rückgang ist, dass Öl billiger geworden ist", sagt ADAC Kraftstoffmarkt-Experte Jürgen Albrecht.

Tag an der Börse

Dax dreht ins Plus

Der Dax hat sich am Mittwoch im späten Handel aus dem Sumpf der Inflations-, Zins- und Konjunktursorgen befreit. Nachdem der deutsche Leitindex zunächst erstmals seit November 2020 unter die Marke von 12.000 Punkten gefallen war, konnte er am Nachmittag seine Verluste sukzessive reduzieren, die runde Marke wieder überschreiten und schließlich sogar ins Plus drehen. Am Ende gewann der Dax gegenüber dem Vortag 0,36 Prozent und schloss mit 12.183,3 Punkten fast auf seinem Tageshoch. Beobachter machten zwei Gründe für die spätere Erholung aus: Die klaren Gewinne an der Wall Street und die überraschend wieder aufgenommenen Anleihekäufe der Bank of England. Das Pfund Sterling legte 0,9 Prozent zu auf 1,0825 Dollar. Darüber mehr auf Seite 10. Kurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

Mehr Interesse für Frauenfußball

Zuschaueranstieg zu Saisonbeginn

Die begeisternden Auftritte der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Europameisterschaft im Sommer (2. Platz) haben offenbar das Interesse am Frauenfußball angeregt. Noch nie haben laut DFB mehr Zuschauer an den ersten beiden Spieltagen Partien der Frauenfußball-Bundesliga live im Stadion verfolgt. Es besuchten insgesamt 47.238 Fans die zwölf Spiele. Das seien bereits mehr als in der gesamten Hinrunde der Vorsaison. Die bisher größte Kulisse gab es bei der Saisoneroöffnung am 16. September beim Spiel zwischen Eintracht Frankfurt und Bayern München mit 23.200 Besuchern. Der alte Rekord lag bei 12.464 Fans. Aktuell liegt der Zuschauerschnitt pro Spiel bei 3937.

Ex-Bundesligacoach Schäfer

"Sehe keine tollen Talente"

Nach Meinung des langjährigen Bundesliga-Trainers Winfried ("Winnie") Schäfer gehen dem deutschen Fußball die Talente aus. "Spieler wie Thomas Müller und Manuel Neuer, absolute Siegertypen, kommen in die Jahre, und ich sehe keine tollen Talente auf breiter Front", sagte der 72-Jährige der "Rheinischen Post" und ergänzte: "Da ist Musiala, da ist Wirtz, aber dann wird es schon dünn." Er sehe insbesondere für die WM 2026 schwarz. Gerade die "Schlüsselpositionen" seien in der Bundesliga oftmals von guten und teilweise jungen Spielern aus dem Ausland besetzt, monierte Schäfer und verwies auf viele französische Spieler: "Für die Franzosen ist die Bundesliga eine Ausbildungsliga geworden."

Kultur und Gesellschaft

Kino

Die giftigen Gags des Bully Herbig

Medienskandale und Komödien liegen eng beisammen. Das wissen wir seit Helmut Dietls Film "Schtunk!" über die gefälschten Hitler-Tagebücher im "Stern". Kein Wunder, dass Michael "Bully" Herbig sofort zugriff, als die Hochstapler-Causa Relotius beim "Spiegel" ruchbar wurde. "Tausend Zeilen", seine (sehr) freie Version der Ereignisse mit Elyas M'Barek und Jonas Nay, kommt nun ins Kino. Ein Gespräch mit Herbig über die Haltbarkeit von Gags, krampfhaft Diversität und den Empörungsreflex

auf Twitter finden Sie auf Seite 16.

NDR zieht Konsequenz aus Gutachten

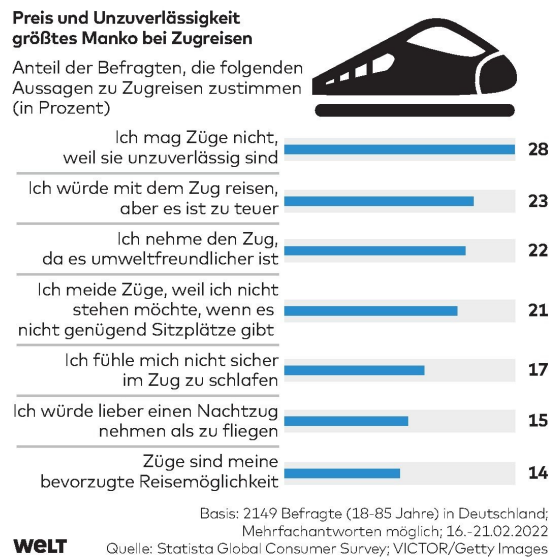
Führungskräfte werden versetzt

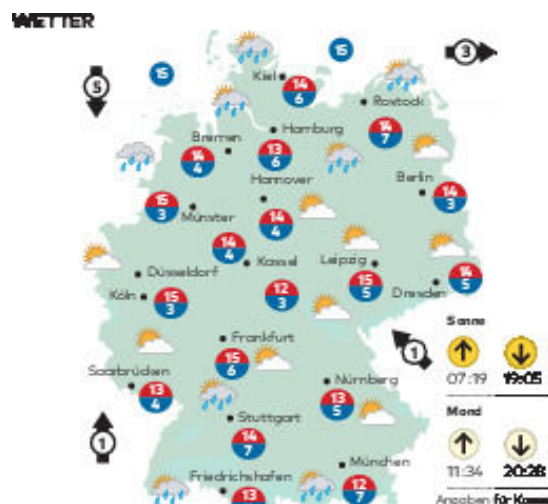
Nach Vorwürfen beim NDR in Kiel gibt es für zwei Führungskräfte personelle Konsequenzen. Landesfunkhausdirektor Volker Thormählen sagte, wegen verloren gegangenen Vertrauens habe er Chefredakteur Norbert Lorentzen und Politik-Leiterin Julia Stein mitgeteilt, dass er "nicht weiter mit ihnen zusammenarbeiten werde". Sie sollen "Aufgaben außerhalb des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein erhalten". Ein interner Prüfbericht hatte zwar keine Belege für den ursprünglich geäußerten Vorwurf eines "politischen Filters" bei der Berichterstattung gefunden, es wurde aber ein äußerst schlechtes Betriebsklima in der Redaktion attestiert. Thormählen stellte fest, es habe "in Teilen eine Kultur geherrscht, die nicht akzeptabel ist".

TV-Übertragung des Queen-Begräbnisses

Unter einer Milliarde Zuschauer

Experten des britischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks BBC gehen davon aus, dass weit weniger als die teilweise erwarteten eine Milliarde Menschen das Staatsbegräbnis von Queen Elizabeth II. im Fernsehen verfolgt haben. Die im Vorfeld von vielen Medien wiedergegebene Schätzung von 4,1 Milliarden Menschen, mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, sei viel zu hoch gegriffen gewesen. "Unter einer Milliarde scheint wahrscheinlicher, aber ich würde keine Zahl nennen wollen, weil es einfach nicht genügend Daten gibt", sagte BBC-Expertin Charlotte McDonald. In Großbritannien selbst schalteten etwa 29 Millionen Zuschauer ein, weniger als die Hälfte (43 Prozent) der Bevölkerung.





Wechselhaft und teilweise Schauer

Neues: In Alpenhöhen und an der Küste überwiegen Wolken, und es regnet gebietsweise. Sonst wechseln sich noch Nebelauflösung, Sonnenschein und Wolken ab, und zeitweise können sich noch Schauer bilden. Die Schneefallgrenze liegt zwischen 7500 und 1000 Metern Höhe. Es bleibt herbstlich kühl. Die Höchstwerte liegen nur zwischen 9 und 15 Grad.

Blauwetter: Die Wetterlage hat auf unser Wohlbefinden nur einen äußerst geringen Einfluss. Daher sind körperliche Beschwerden heute kaum auf das Wetter zurückzuführen. Wetterföhige sind allerdings eher müde und schlapp.

Quelle: DIE WELT, 29.09.2022, Nr. 190, S. 2

Ressort: Politik

Rubrik: Auf einen Blick

Dokumentnummer: 206975607

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_23fba9a1d82c6ed0e97507b1223e453418c63c8b

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH